



HESSISCHER LANDTAG

05. 03. 2009

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend nach der Finanz- nun die Wirtschaftskrise: "Wir zahlen
nicht für Eure Krise"**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest: Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession. Menschen verlieren ihre Arbeit und ihre Lebensperspektiven.
2. Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Wirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50 v.H. angestiegen. Den Banken und Fonds war kaum ein Risiko zu groß im Kampf um die höchsten Renditen. Etwa ein Tausendstel der Weltbevölkerung hat davon besonders profitiert. Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner, Schüler oder Studierende die Zeche zahlen.
4. Der Welt-Finanzgipfel der G20 setzt auf alte Strukturen und Machtverhältnisse. Die Regierungsberater, Wirtschaftsvertreter und Lobbyisten betreiben weiter schamlos ihre Interessenpolitik. Um Alternativen durchzusetzen, sind weltweite und lokale Kämpfe und Bündnisse (wie z.B. die Demonstration am 28. März 2009 in Frankfurt oder das Weltsozialforum) nötig - für soziale, demokratische und ökologische Perspektiven.
5. Der Landtag spricht sich für Sofortmaßnahmen aus, die den Opfern der Krise helfen, aber gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben - als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft:
 - Für umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.
 - Für einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und Rentner: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Die notwendige Konversion z.B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden.

- Eine Sonderabgabe auf große Vermögen, und einer Millionärssteuer. Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden.
- Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative "Instrumente" sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen.

Wiesbaden, 5. März 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen